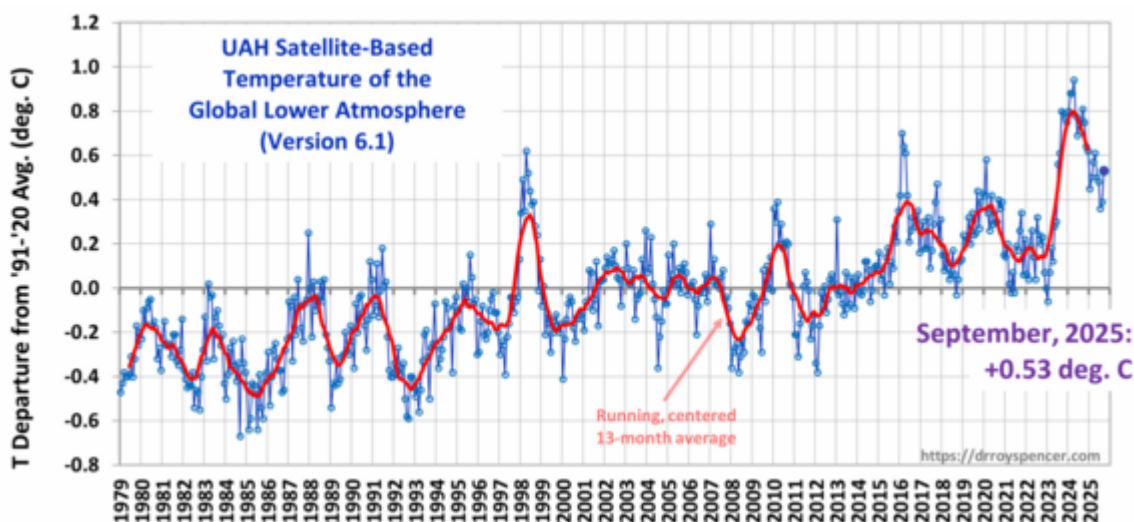


Die Bundesnetzagentur plant einen weiteren Vorstoß zur Zerstörung der deutschen Industrie – von Fritz Vahrenholt

geschrieben von AR Göhring | 11. Oktober 2025

Auch wenn sich die globale Temperatur im September gegenüber dem August um 0,14 Grad Celsius erhöht hat, bleibt der Abkühlungstrend doch intakt. Die amerikanische Ozean- und Atmosphärenbehörde NOAA sieht für diesen Winter eine kühle La Niña im Pazifik aufziehen, was zu einem Rückgang auch der globalen Temperaturen führen wird.



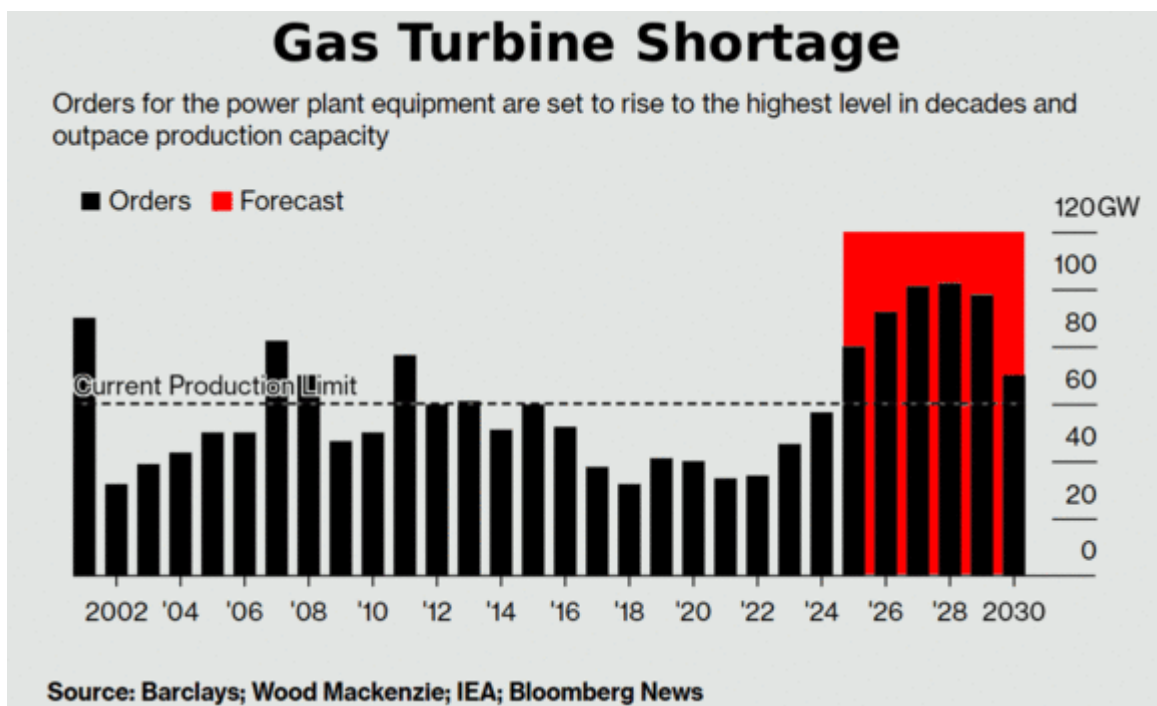
<https://www.drroyspencer.com/latest-global-temperatures/>

Die Versorgungssicherheit Deutschlands mit Strom ist zukünftig nicht mehr gewährleistet

Mit jedem neuen Windpark, mit jeder neuen Solaranlage wird die Versorgungssicherheit brüchiger, solange weiter zuverlässige, regelbare Kraftwerke abgeschaltet werden. Die Bundesnetzagentur rechnet damit, dass bis 2031 **sämtliche Steinkohle -und Braunkohlekraftwerke vom Netz gehen**. Dann ist in Zeiten von Windstille – immerhin ein Drittel der Jahresstunden – und fehlender Solareinstrahlung im Winter die Versorgung mit Strom in Deutschland nicht mehr sichergestellt. Da die Bundesregierung unverdrossen am ungebremsen Ausbau der Erneuerbaren Energien und an der finanziellen Belastung von Kohlekraftwerken durch steigende CO₂-Preise festhält, **ist also ein Zusammenbruch der**

Versorgungssicherheit in Deutschland bis 2030 absehbar. Denn die Kohlekraftwerksbetreiber werden bei einem zu erwartenden CO₂-Preis von 120 €/t CO₂ ihre Anlagen nicht mehr wirtschaftlich betreiben können. (Versorgungssicherheitsbericht, S. 20) Selbst die vom Grünen Klaus Müller geführte Bundesnetzagentur stellt in ihrem Versorgungssicherheitsbericht fest : „Die Versorgungssicherheit in Deutschland ist gewährleistet, wenn bis 2035 zusätzliche steuerbare Kapazitäten von 22 400 MW (Zielszenario) bis zu 35 500 MW (Verzögerte Energiewende) errichtet werden“. Schon 2030 fehlen 17 000 bis 21 000 MW. Das sind 40 Gaskraftwerke bis 2030 und insgesamt 70 Gaskraftwerke bis 2035.

Diese Gaskraftwerke können niemals in den nächsten 5 Jahren gebaut werden. Es gibt weltweit im wesentlichen drei Hersteller von Gasturbinen: Siemens Energy (24 % Marktanteil), GE Vernova (25 %) und Mitsubishi (22%), die über 70 % des Marktes bedienen. Diese Hersteller sind bis zum Jahre 2030 vollständig ausgebucht. Die notwendigen deutschen 70 Gaskraftwerke sind daher in der Planung der Gasturbinenhersteller (s.u. Quelle Bloomberg) noch nicht enthalten.



Diese explosive Entwicklung hat zwei wesentliche Ursachen. Einerseits werden in den USA allein bis 2028 50 Gaskraftwerke gebaut, um den massiven Bedarf der neu zu errichtenden Datenzentren zuverlässig zu bedienen. Zum andern wächst der Bedarf an Gaskraftwerken in den Entwicklungsländern, um den dortigen Energiehunger zu befriedigen. Allein Vietnam will 22 Gaskraftwerke bis 2030 mit 22 000 MW bauen.

Die Preise für Gasturbinen sind mittlerweile auf das Dreifache

gestiegen. So könnte Deutschland allenfalls mit noch höheren Preisen Gasturbinen aus Entwicklungsländern abzweigen. Das bedeutet dann, daß Vietnam, Indonesien oder Pakistan auf Kohle zurückgreifen. Für die Gesamtemission ist damit nichts gewonnen, wenn Deutschland seine Kohlekraftwerke durch Gaskraftwerke ersetzt. Aber wer erwartet schon in Deutschland eine realistische, durchdachte Energiepolitik? Während andere Nationen ihr Wirtschaftswachstum mit Gaskraftwerken abdecken, will die deutsche Bundesregierung nur den Irrweg der Energiewende mit extrem hohen Kosten absichern. Zur Finanzierung will die Regierung Merz auf den Vorschlag des ehemaligen Bundesministers Habeck zurückgreifen und eine Sonderabgabe auf den Strom von bis zu 2 €ct/kWh erheben. Für eine Zwei-Personenhaushalt sind das 80 € im Jahr, für das produzierende Gewerbe ist diese Abgabe ein weiterer Nachteil im globalen Wettbewerb.

Die Bundesnetzagentur plant einen weiteren Vorstoß zur Zerstörung der deutschen Industrie

Die Bundesnetzagentur hat schon im kürzlich erschienenen Versorgungssicherheitsbericht angedeutet, dass sie den alten Habeck-Plan weiterverfolgt, wonach die Industrie zum Lückenbüßer für die verfehlte Energiepolitik wird, in dem sie angehalten wird, möglichst dann zu produzieren, wenn die Sonne scheint und der Wind weht. Die energieintensive Industrie dachte, dass dieser absurde Plan mit dem Ausscheiden der Grünen aus dem Bundeskabinett ad acta gelegt ist. Aber die grünen Strippenzieher in den Bundesoberbehörden, hier Klaus Müller als Chef der Bundesnetzagentur, geben die Richtung vor. In der Zusammenfassung des Berichts (S.7), wird festgestellt, daß die Versorgungssicherheit nur erreicht werden kann, wenn die Stromnachfrage flexibilisiert wird.

Er droht: „Eine ausbleibende Flexibilisierung kann den Bedarf an zusätzlichen steuerbaren Kapazitäten wie Kraftwerken weiter erhöhen, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten.“

Müller und die Bundesnetzagentur arbeiten unter dem Projekt AgNES (Konsultationsverfahren zur Festlegung der Allg. Netzentgelte) unvermindert daran, die 560 Betriebe in Deutschland, die rund um die Uhr, 24 Stunden an sieben Tagen, volllastig produzieren, zu bestrafen, wenn sie gleichmäßig Strom aus dem Netz entnehmen und zu begünstigen, wenn sie ihre Produktion nach Wind und Wetter gestalten. Diese Betriebe der Chemie-, Metall-, Papier-, Glas- und Nahrungsmittelindustrie erhielten bislang wegen ihrer gleichmäßigen Auslastung des Netzes einen sogenannten Bandlastrabatt. Dieser Rabatt von insgesamt 1,42 Milliarden €, der nun gestrichen werden soll, ist für die Grundstoffindustrie von existenzieller Bedeutung. Dies gilt insbesondere dann, wenn – wie abzusehen – die Netzkosten auf Grund des Netzausbaus für die Energiewende massiv steigen werden: um 7 ct/kWh für die Industrie und 20 (!) ct/kWh für die privaten Haushalte (Euro-cent).

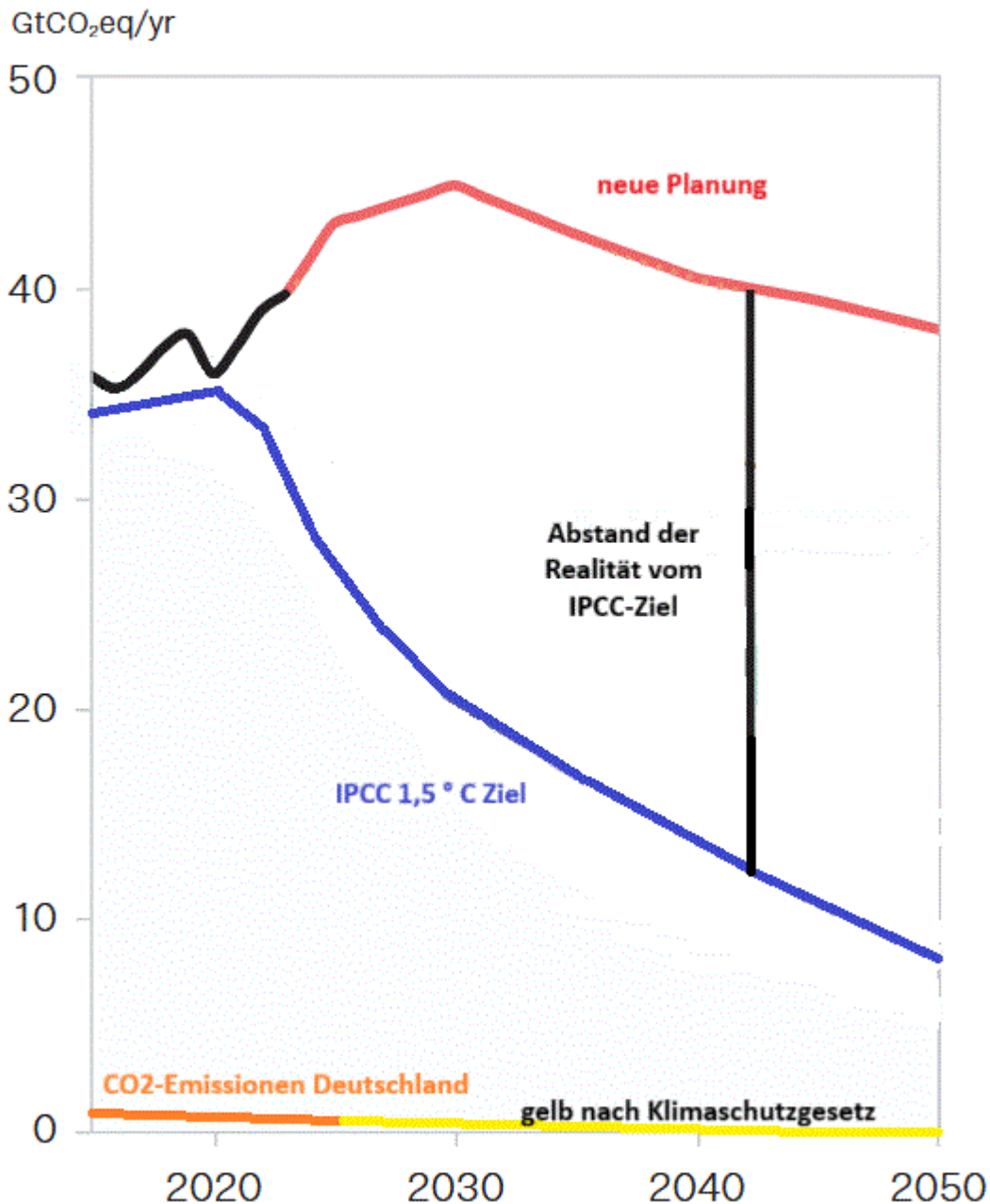
Diese Zahlen hatte kürzlich das Energiewirtschaftliche Institut der Universität Köln berechnet. Damit würde der noch verbliebene Rest der Industrie zerstört und die privaten Haushalte mit einer mehr als 50%-igen Strompreiserhöhung abkassiert werden.

Zehn Jahre Pariser Abkommen – der Verbrauch an Kohle, Öl und Gas steigt weltweit ungebrems

Rechtzeitig vor der Klimakonferenz in Brasilien zieht das *Stockholm Environment Institute* eine ernüchternde Bilanz: Außerhalb Deutschlands und Europas hält sich kaum ein Land an die Zusagen im Pariser Abkommen. Von den 195 Signatarstaaten hatten zum festgesetzten Termin am 10. Februar 2025 nur 15 berichtet. Nach einer Nachfrist im September waren es dann gerade einmal 70 der Staaten. Das Interesse der Nationen an der Klimapolitik scheint nicht mehr besonders hoch zu sein. Die für die Klimaalarmisten erschreckende Wahrheit ist, dass die meisten Staaten weiter steigenden Einsatz von Kohle, Öl und Gas meldeten. Bis 2030 zeigen die Berichte einen Anstieg der weltweiten Kohlenutzung um 30 %, bei Öl um 25 % und bei Gas um 40 % gegenüber 2015. Der Weltklimarat hoffte, die weltweiten CO₂-Emissionen bis 2030 gegenüber 2010 um 45 % senken zu können, jetzt steigen sie weiter an (siehe Grafik mit den Daten des Stockholm Instituts). In den CO₂ – Zahlen ist noch nicht der Ausstieg der USA aus dem Pariser Klimaabkommen berücksichtigt.

Indien wird in diesem Jahrzehnt um 25 % mehr CO₂ emittieren, denn 70 % der Elektrizität wird aus Kohle gewonnen. China wird bis 2030 ebenso weiter anwachsen. Der neue 5-Jahresplan hat noch hunderte Kohlekraftwerke in Planung.

Globale CO₂-Emissionen im Vergleich zum IPCC-Ziel und Deutschland



Zur Grafik sind zwei Anmerkungen zu machen.

1. Die deutschen Emissionen sind von mir in die Grafik des *Stockholm-Instituts* ergänzt worden.
2. Die 1,5 Grad- Kurve des IPCC beruht auf Klimamodellen, die irrigerweise davon ausgehen, daß die Erwärmung der letzten 150 Jahre zu 100 % auf der Zunahme des CO₂ in der Atmosphäre beruhen.

Für die letzten 20 Jahre hat der Treibhauseffekt des CO₂ allenfalls 20 % der Erwärmung verursacht, 80 % sind auf die zunehmende direkte Sonneneinstrahlung auf Grund des Rückgangs der Wolken zurückzuführen. Insofern sind die IPCC-Kurven mit allergrößter Skepsis zu betrachten.

Die Welt wird nach den Planungen der 195 Nationen in 2050 30 % mehr Öl

und 60 % mehr Gas als heute verbrauchen und nur 25 % weniger Kohle als 2020 (siehe unten Grafik des Stockholm-Instituts). Die deutsche Energiepolitik wird daran nichts ändern. Ändern wird sich nur der Wohlstand der Bürger in Deutschland.

